

NEUE ABHÖR-KOMPETENZEN DROHEN IM PARLAMENT ABZUSTÜRZEN



Linke und SVP gegenmehr Staatsschutz

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Überwachung ohne konkreten Straftatverdacht ans Parlament verabschiedet. Die SVP kündigt gegen die Pläne von Justizminister Blocher Widerstand an. Ob sie bis zum Schluss hart bleibt, ist offen.

Die einen reden von «präventiver Überwachung», die anderen von «Lauschangriff». Künftig sollen Personen, Organisationen und Gruppierungen ohne konkreten Tatverdacht überwacht werden können, wenn «eine Annahme auf terroristische Absichten» besteht. Die entsprechende Botschaft über das Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) hat der Bundesrat am Freitag zuhänden des Parlaments verabschiedet.

Neu im Inland

«Mutmassliche Gefährder»

Im Wesentlichen entspricht die Vorlage den schon früher vorgestellten Plänen. Im April hatte der Bundesrat Justizminister Christoph Blocher lediglich angewiesen, den Begriff Terrorismus allenfalls zu definieren – was sich als nicht durchführbar erwies – und die Notwendigkeit der Vorlage ausführlich zu begründen. Zur Notwendigkeit sagte Blocher gestern vor den Medien, die heutigen Instrumente reichten in Zeiten des globalen Terrorismus nicht. Sie stammten noch aus einer «sicherheitspolitischen Schönwetterperiode». Das Strafrecht sei im Kampf gegen den Terrorismus unzureichend: Zum einen müsse man den Täter kennen, den man überwachen wolle. Zum andern komme man mit den Mitteln, die das Strafrecht erlaube, zu spät. In diesem Bereich bestehe eine Lücke im Abwehrdispositiv: Denn es könne der Fall eintreten, dass man klare Hinweise auf einen Anschlag habe, aber eine konkret verdächtige Personengruppe und weitere Details fehlten, sagte Blocher. In diesem Zusammenhang hat das Justizdepartement mit dem «mutmasslichen Gefährder» einen neuen Begriff geschaffen.

Mit den heute zulässigen Mitteln sei keine Früherkennung mehr möglich, heisst es auch in der Botschaft zur Gesetzesrevision. Es bestehe ein «gefährliches Erkennungsvakuum». Namentlich mit der erhöhten Wahrscheinlichkeit islamistisch motivierter Terroranschläge sei die Lage unwägbar geworden.

Heute sind präventive Überwachungen – Stichworte dazu sind Wanzen, Kameras, Post, Telefon, E-Mail-Verkehr und Computer-Inhalt – ausgeschlossen. Um auszuschliessen, dass die neuen Kompetenzen für den Staatsschutz zu einem breiten Lauschangriff führen, werden im Gesetz verschiedene Hürden eingebaut.

Mehrstufige Genehmigung nötig

So kann die präventive Überwachung nur bei Verdacht auf Terrorismus, Spionage und Proliferation durchgeführt werden. Ein mehrstufiges Genehmigungsverfahren soll Missbrauch verhindern: Ein Antrag zur Überwachung muss vom Bundesverwaltungsgericht und danach vom Justizminister bewilligt werden. Zustimmen muss schliesslich auch der Verteidigungsminister.

Dennoch bleiben gewisse Knackpunkte: Ist direkte Gefahr im Verzug, soll der Direktor des Bundesamtes für Polizei die präventive Bewachung – ohne Genehmigungsverfahren – anordnen können. Dieses würde dann nachgeholt. Umstritten ist auch, ob sich berufliche und private Nachteile für Personen, die sich als unbescholten herausgestellt haben, ausschliessen lassen. Laut Gesetz muss die überwachte Person informiert werden. Zudem sind die Daten spätestens 30 Tage nach Ende des Einsatzes zu vernichten. Aber die Mitteilung kann aus etlichen Gründen aufgehoben werden – so etwa, um eine laufende Operation nicht zu gefährden.

Die Kritiker jedenfalls bleiben alarmiert. SP und Grüne sind gegen die Vorlage. Erstaunlich ist die gestrige Reaktion der SVP: Diese hatte in der Vernehmlassung ebenfalls kategorisch Nein gesagt und einen unzulässigen Eingriff in die Grundrechte gesehen. Später signalisierte aber Blochers Partei, eventuell doch einlenken zu wollen. Gestern äusserte sich SVP-Sprecher Roman Jäggi aber wieder sehr kritisch und erklärte, im Parlament drohe die Vorlage an einer «unheiligen Allianz der SVP mit der Linken» zu scheitern. Ob die SVP die Drohung wahr machen wird, bleibt offen. Hinter die Staatsschutzpläne stellten sich gestern klar die CVP und in der Tendenz auch die FDP.

Georg Farago [16.06.07]

Haarausfall Geheimnis

Ein Naturstoff aus der Schweiz lässt Haare wieder wachsen!

www.capris.de

Originale Tintenpatronen

Originale für alle Drucker! Preiswert, schnell und zuverlässig

www.Tintenmax.ch

